

# Vorhänge verfärbt?

schliessen X

Das ist Zigarettenrauch.  
Es ist nicht das Nikotin\*.

Zigarettenrauch ist auch die Hauptquelle des Risikos für Raucher.  
Philip Morris International wird deswegen rauchfrei.

\*Nikotin macht abhängig und ist nicht risikofrei.



## Aargauer Zeitung

Grosser Rat

## Kopftuchverbot für Staatsangestellte: Regierung muss Gesetz erarbeiten



Von Claudia Meier

22.09.2026, 19.45 Uhr

Die Kritik an der Kleidung einer Fachhochschul-Dozentin, die ein Hidschab trägt, löste vor einem Jahr einen Vorstoss aus. Jetzt fordert das Kantonsparlament eine klare Regelung, um die staatliche Neutralität zu gewährleisten. Die Debatte war sehr emotional.

**Abo** Exklusiv für Abonnenten

Artikel anhören:

- 1.0x +

00:00  
Artikel anhören:

04:58

## Darum geht es

- Das Aargauer Kantonsparlament hat eine Motion für ein Verbot auffällig religiöser Kleidung bei Staatsangestellten überwiesen.
- Auslöser war die Debatte um eine Fachhochschul-Dozentin mit Hidschab, die Frage der staatlichen Neutralität stand im Zentrum.
- Der Regierungsrat muss nun eine gesetzliche Grundlage erarbeiten; Betroffen wären etwa Lehrpersonen, Polizistinnen und Verwaltungsangestellte.

## Weiterlesen nach der Anzeige

**Artikel anhören:**



Wie neutral ist der Hijab? Ein Dozentin mit Kopftuch steht vor Studierenden.

Symbolbild: Coolpicture

«Eiert nicht herum und schreibt doch in der Motion, dass es um das Kopftuch geht», sagte SP-Grossrat Rolf Schmid am Dienstagnachmittag. Nur vier Wochen, nachdem das Aargauer Kantonsparlament einen Vorstoss für ein Kopftuchverbot für unter 16-Jährige an Schulen überwiesen hatte, stand ein ähnliches Begehren zur Debatte. Diesmal geht es um religiös geprägte Kleidung für Staatsangestellte.

Wieder waren es die vier Grossratsmitglieder Roland Haldimann (EDU), Daniele Mezzi (Mitte), Adrian Schoop (FDP) und Nicole Burger (SVP), welche die entsprechende Motion eingereicht hatten.

Auslöser war die Kritik an einer Fachhochschul-Dozentin mit Kopftuch, was für Kritik sorgte. Die zentrale Frage lautete: Kann eine Dozentin mit Hidschab politisch neutral unterrichten? Die Regierung beschwichtigte halbherzig.

**Artikel anhören:**

**Regierungsrat schlug einen Prüfbericht vor**

Mit der anschliessenden Motion wird eine strikte Kleidervorschrift angestrebt. Der Regierungsrat soll eine gesetzliche Grundlage erarbeiten, welche für Angestellte der öffentlichen Hand in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit das Tragen von auffällig religiös geprägten Kleidungsstücken und Symbolen untersagt. Die Regelung sollte für Staatsangestellte gelten. Von Lehrpersonen über Polizistinnen bis zu Verwaltungsangestellten.

Der Regierungsrat zeigte sich bereit, den Vorstoss in der abgeschwächten Form als Postulat entgegenzunehmen. Denn der Vorstoss erfordere eine sorgfältige und umfassende Prüfung, namentlich im Hinblick auf die verfassungsrechtlich geforderte Verhältnismässigkeit. Zudem sei abzuklären, ob die Umsetzung eines solchen Verbots eine Teil- oder Totalrevision der Kantonsverfassung voraussetzen würde, begründete die Regierung.

### **Viele Fragen zu Bärten, Turbane und Funktionen**

Davon wollte Roland Haldimann aber nichts wissen und hielt an der Motion fest. «Wir sind uns doch einig: Kleider machen Leute», sagte er. Das gelte auch für die Polizei beim Eingang zum Grossratsgebäude. Über die Kleidung werde auch kommuniziert, vor allem dann, wenn sie einer Religion zugewiesen werden könne. Haldimann erwähnte gleiche Bestrebungen in anderen Kantonen.

Mirjam Kosch (Grüne) entgegnete, dass man Dienstag für Dienstag über mehr Ausgrenzung diskutiere, obwohl man eigentlich einfach gut zusammenleben möchte. Sie fragte: «Wie kann es sein, dass schon wieder ein paar Männer den Frauen vorschreiben, wie sie sich zu kleiden haben?»



Mirjam Kosch (Grüne) kritisiert die Motionäre, weil sie Kleidervorschriften für Frauen fordern.

Bild: Valentin Hehli

Weitere Fragen warf Edith Saner (Mitte) auf: «Wie ist es mit Bärten bei Männern, die vielleicht auch religiös geprägt sind? Oder mit Tätowierungen?» Klar müsse der Staat neutral handeln, ergänzte Lukas Huber, was aber nicht bedeute, dass Angestellte neutral gekleidet sein müssten: «Stört es wirklich, wenn ein IT-Dienstleister einen Turban trägt?» Die FDP werde kein Gesetz unterstützen, das auf eine Religion fokussiert sei, sagte Tim Voser.

### **Einschränkungen für Angestellte sind zumutbar**

Man müsse jetzt eine Grenze ziehen, betonte Mit-Motionär Daniele Mezzi, der eine jahrelange Prüfung eines Verbots ablehnte. Nicole Burger (SVP) konzentriert sich auf die juristische Ausarbeitung. Laut Bundesgericht wären gewisse Einschränkungen für Angestellte zumutbar. Unauffällige Symbole sollen weiterhin erlaubt sein. Er würde niemanden mit einem Kopftuch einstellen, sagte Mit-Motionär Adrian Schoop.



Motionär Adrian Schoop würde sein Kind nicht zu einer Lehrerin mit Kopftuch schicken.

Bild: Raphaël Dupain

Der Motionstext sei nicht präzise formuliert, kritisierte Harry Lütolf (Mitte). Von einem Verbot wären alle Staatsangestellten, also auch Reinigungskräfte, betroffen. Stefan Dietrich (SP) sprach von einer Phantomdebatte. Der politische Islam sei gefährlich, sagte der Wettinger Pfarrer Lutz Fischer (EVP). Doch die meisten Muslime hätten damit nichts zu tun. «Machen wir nicht das religiöse Kleidungsstück einer Minderheit zum Problem von allen.»

Zurück zu Rolf Schmid, der an die Ratsrechte appellierte: «Ihr schützt mit dem Verbot keine Frau. Wo seid Ihr, wenn es darum geht, Mittel für den Schutz von Frauen zu sprechen?»

Am Schluss war es die Ratsrechte, welche die Motion gegen den Willen des Regierungsrats mit 72 Ja zu 62 Nein überwies. Markus Dieth sprach von einer erheblichen Tragweite dieses Vorstosses bis hin zu einer Änderung der Kantonsverfassung.

Artek-Kanton